

Antrag
des
Landwirtschafts-Ausschusses

über den Antrag gemäß § 34 LGO 2001 des Abgeordneten Schulz betreffend Maßnahmen zur Stärkung der heimischen Land- und Forstwirtschaft.

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

- „1. Die Landesregierung wird ersucht, bei der Bundesregierung im Sinne der Antragsbegründung darauf hinzuwirken, dass
- a. die europäische Finanzierung der Direktzahlungen und ländlichen Entwicklung zumindest auf bisherigem Niveau sichergestellt wird bzw. mögliche Kürzungen im mehrjährigen Finanzrahmen der Europäischen Union mit Bundesmitteln ausgeglichen werden;
 - b. im Sinne des Klimaschutzes und einer nachhaltigen Land- und Forstwirtschaft das Handelsabkommen Mercosur abgelehnt wird;
 - c. zukünftige multilaterale bzw. bilaterale handelspolitische Bestrebungen die Einführung von Klima-Zöllen bzw. stärkeren Nachhaltigkeitskapiteln vorsehen;
 - d. die rasche Umsetzung von Herkunftskennzeichnungen für verarbeitete Produkte und in Gemeinschaftsküchen servierten Gerichten erfolgt;
 - e. konkrete europaweite Maßnahmen im Rahmen der nächsten europäischen Agrarpolitik zur Stärkung der heimischen gentechnikfreien pflanzlichen Eiweißversorgung gesetzt werden, um damit den Importbedarf noch weiter zu reduzieren.
2. Durch diesen Antrag gemäß § 34 LGO werden die Anträge Ltg.-808/A-2/15-2019 und Ltg.-811/A-2/18-2019 miterledigt.“

Rosenmaier
Berichterstatter

Ing. Schulz
Obmann